

# Was wir brauchen für unser Wollen

## Den Arbeitsmarkt aktiv gestalten Wider nationalistischer und populistischer Entwicklungen

Nationalistische und populistische Ideen werden zunehmend zu einem Garant für politischen Erfolg. Die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ist dafür nur das jüngste Beispiel. Das Erstarren einer Politik der einfachen Antworten mag viele Ursachen haben. Eine konkrete Rolle spielen aber die Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahrzehnte, sagt der Chef der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Guy Ryder.

„Die Wahlausgänge der vergangenen Wochen und Monate waren eine starke Warnung für uns.“ Dieser Satz war so oder so ähnlich zuletzt von vielen Seiten zu hören: von der EU-Kommission über das EU-Parlament bis hin zu den nationalen Regierungen. Doch diesmal kommt er gerade eine Wahl verloren hat oder in die Komfurcht. Guy Ryder ist seit 2012 Generalsekretär der ILO. Die Sonderorganisation Vereinten Nationen für Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Sozialstandards sichert. Und ihr Chef sagt nun: „Temp habe ich wie die EU-Gegner in der Wahl verloren.“ Und ihr Chef sagt nun: „Temp habe ich wie die EU-Gegner in der Wahl verloren.“ Und ihr Chef sagt nun: „Temp habe ich wie die EU-Gegner in der Wahl verloren.“



Chef der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Guy Ryder

**Gesetze zum Arbeitsmarkt oder zur sozialen Absicherung liegen in den Händen der Nationalstaaten.**

### Konferenz zur Zukunft der Arbeit

ILO-Chef Ryder und EU-Kommissarin Marianna Thyssen eröffneten eine Konferenz über die Zukunft der Arbeit in Brüssel. Veranstaltung hat sie die ILO gemeinsam mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss.

Die Ergebnisse der Konferenz sollen direkt in die „Jahrhundertinitiative zur Zukunft der Arbeit“ einfließen. Deren Fertigstellung hat die ILO für 2019 angekündigt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Mit dieser Einschätzung zieht der ILO-Chef nicht alleine da. Doch Ryder kann auch auf konkretes Zahlenmaterial verweisen. Ende vergangenen Jahres hat seine Organisation eine fast 400 Seiten dicke Studie zum Thema „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ veröffentlicht. Deren Ergebnis: Zeitarbeit, Scheinanstellungen und andere Formen prekärer Arbeitsverhältnisse sind in den vergangenen Jahren weltweit gestiegen.

In den Industrieländern zeigt sich das laut dem Bericht etwa darin, dass Teilzeitanstellungen vermehrt weniger Stunden umfassen. Dazu kämen Verträge „auf Abruf“, oft ganz ohne festgelegte Mindeststunden. In den USA hätten zehn Prozent aller arbeitenden Menschen unregelmäßige Arbeitszeiten oder hielten sich auf Abruf bereit, so die ILO. In Großbritannien basierten immerhin 2,5 Prozent aller Arbeitsverhältnisse auf „Null-Stunden-Verträgen“.

„Fahrlässiger“ Umgang mit Arbeitsmarkt Freilich sind nicht alle Industrieländer von diesen Entwicklungen gleichermaßen betroffen. Österreich zum Beispiel ist von solchen Verhältnissen noch ein gutes Stück entfernt. Abrufarbeit ist hierzulande verboten. Weniger als zehn Prozent aller Arbeitnehmerinnen haben befristete Verträge. Aber der Anteil an Teilzeitangestellten ist traditionell hoch - die überwiegende Mehrheit davon sind Frauen. Und Schlagworte wie verdeckte Selbstständigkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse sind in Österreich wie in der gesamten EU mehr und mehr ein Thema - während zugleich die Sozialleistungen nach unten geschraubt werden. Ryder fordert angesichts Nationalismus und Populismus einen alternativen Weg.

Europa hat die gemeinsame Grundlage verloren  
„Eine der großen Sorgen ist, dass Europa in den vergangenen Jahren die gemeinsame

Grundlage verloren hat“, sagt Ryder. Für den ILO-Chef ist das auch eine Folge der Wirtschaftskrise - allerdings nicht nur. Bereits zuvor sei mit dem Arbeitsmarkt „fahrlässig“ umgegangen worden, so der Brit, der in Cambridge Sozial- und Politikwissenschaften studiert hat. Die Politik habe sich zunehmend zurückgezogen und nichts gegen eine „unfaire Verteilung der Wachstumsgewinne“ getan.

Bekanntere Lösungen als Alternative? Momentan herrsche das Bild vor, dass es nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten gebe. „Der Weg, den wir die vergangenen 20 Jahre gegangen sind“ auf der einen Seite und die Versprechen von Populisten und Nationalisten auf der anderen Seite. „Falsche Lösungen“ nennt diese Ryder. Der Rückzug in die eigenen Grenzen könne in einer globalisierten Welt nicht die Lösung sein. Es sei nun die Aufgabe von Politik, Arbeitgebern und auch Arbeitnehmervertretern, einen anderen Weg aufzuzeigen.

Den Arbeitsmarkt aktiv gestalten: Mindestlohn, soziale Absicherung, Steuerpolitik  
„Wir müssen uns trauen, den Arbeitsmarkt zu gestalten“, sagt der ILO-Chef. Was konkret meint? „Die Rede ist vom Mindestlohn, einer sozialen Absicherung, Weiterbildung und einer bewussten Jberpolitik.“ Was Ryder fordert, ist im Grunde eine Erneuerung des Sozialstaats. In der Sozialpartnerschaft, Angesichts der öffentlichen Vergessenheit in der internationalen Gewerkschaftsarbeit ist das wenig verwunderlich. Auch neu sind diese Ideen nicht, wie Ryder selbst eingesteht. Die „Null-Stunden-Verträge“ sind in den vergangenen Jahren weltweit gestiegen.

Vier Kräfte, die künftig die „Arbeitswelt“ formen  
Der ILO-Generalsekretär ist dennoch der Meinung, dass sie sich auch für heutige Herausforderungen eignen. Vier Kräfte würden die „Arbeitswelt in Zukunft formen“. Die technologische Entwicklung werde

### Impressum

Medieninhaber (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmerinnen Bewegung Österreich  
Chefredakteur: Maga Elisabeth Östern  
Redaktion: Elisabeth Strom, 52 Lucile Tiller, 54/5 Güta Leban  
310 Markt Grotte/ILO-312/33 Lein/WHO-314/35  
Hersteller und Expedit: Druckerei Wograns/Mat  
IBAN: AT33 1919 0000 0012 0659

### Offenlegung

Offenlegung im Sinne des § 25 der Bundesgesetz (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und  
Margarete Blum, Barbara Höber, Bruno Holzmann  
soziale und kulturelle Information von Arbeitnehmerinnen  
Informationen über Anzeigengrößen und -preise

**Unser WOLLEN wird erst im TUN lebendig.**

Wie wir uns diesbezüglich organisieren ist abhängig vom jeweiligen Standpunkt und von unseren Möglichkeiten.

Die Frage lautet also:

## WAS können wir (zB als Teilorganisation/Gruppe/in der Stmk) TUN?

Kennen wir unsere Möglichkeiten und unsere Standpunkte als Rahmen für unser Handeln, dann benötigen wir in weiterer Folge Projekte, um begeistern zu können.

**Ein Forderungsprogramm mit mehr als 30 Punkten ist dafür allerdings ungeeignet!** Wir müssen diese und alle folgenden Anliegen einer lebendigen Zivilgesellschaft an eine Instanz delegieren, die die dafür erforderliche Legitimation besitzt.

## Herausforderung ´ Interesse für repräsentative Beteiligung wecken ´.

Als zentrales Problem sah man auch das mitunter ´endenwollende´ Interesse für Partizipation und die häufig mangelnde Repräsentativität: Derzeit beteiligen sich tendenziell eher Gebildete, besser Situierte und Personen in sicheren Jobs (wie etwa pragmatisierte Lehrer\*innen) an politischen Entscheidungsprozessen. Dies zu ändern, sei als politisch-inhaltliche Gestaltungsaufgabe wahrzunehmen. Rein faktisch spiele für die erwerbstätige Bevölkerung jedoch Zeitmangel eine Rolle, zumal Partizipation „kein leichter Sport“ sei.



Es braucht somit EIN konkretes Ziel.

Und: dieses ist wiederholt einzufordern. Zur Erreichung desselben braucht es aber auch *regelmäßige Treffen*, um es zu adaptieren und die nächsten Schritte zu erörtern.

Ist das vereinbarte Ziel die Etablierung einer Gemeinwohlregierung als eine weitere Kammer neben dem Nationalrat (wie beispielsweise der [Bundesrat](#)), dann könnte die Organisation einer [Zukunftswerkstatt](#) ein erstes Zusammentreffen sein,

dem weitere folgen.

## Das Glasperlenspiel

Stellen wir uns einmal vor, wir Spieler würden einige Zeit mit geringerem Eifer arbeiten, die **Spielkurse für Anfänger** würden langweiliger und oberflächlicher, in den Spielen für Fortgeschrittene würden die Fachgelehrten das lebendig pulsierende Leben, die geistige Aktualität und Interessantheit vermissen, unser großes Jahresziel würde zwei-, dreimal nacheinander von den Gästen als leere Zeremonie, als un**lebendig**, als altmodisch, als zopfishes Relikt der Vergangenheit empfunden – **wie rasch wäre es da mit dem Spiel und mit uns zu Ende!**

♥ **Diakonalle**  
Wir reden Tacheles

diakonalle.bosolei.com

Hermann Hesse, in:  
Das Glasperlenspiel,  
ISBN 978-3-518-  
36579-3, S 253



Als Beispiel für ein Projekt im regionalen Umfeld sei das *Preston Modell* erwähnt. Durch dieses wird versucht, **Wohlstand lokal aufzubauen**. Mehr dazu hier: <https://jbi.or.at/fuer-die-menschen-nicht-fuer-die-profite>



# Für die Menschen, nicht für die Profite!

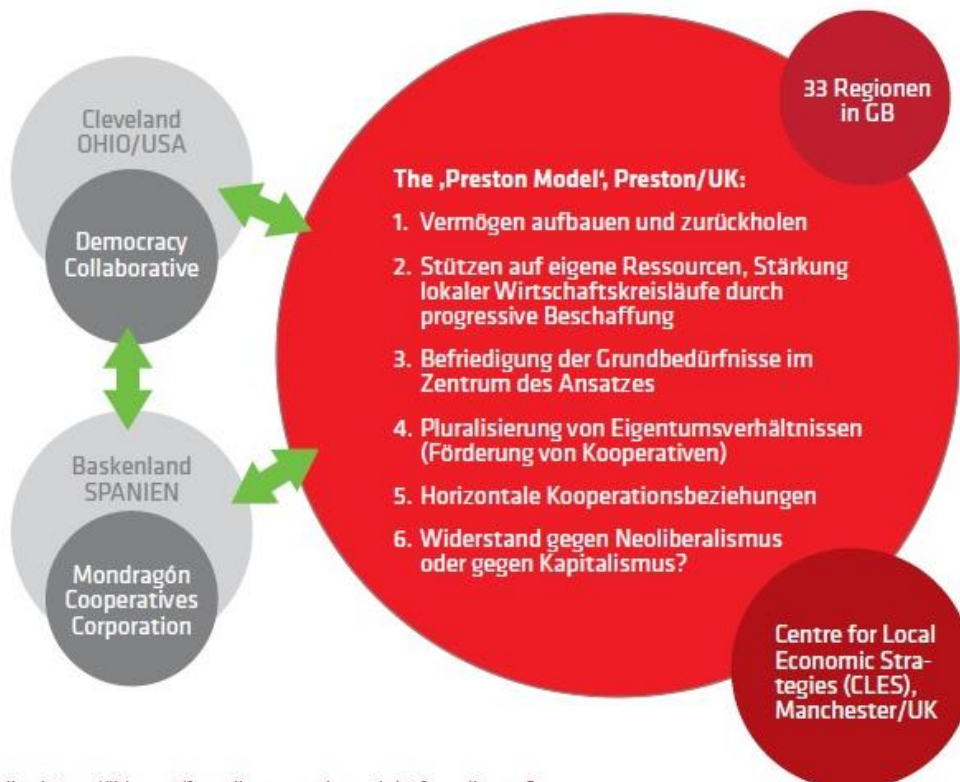
Die politischen Herausforderungen in offenen Gesellschaften werden größer, je länger sie unangetastet bleiben und betreffen Klimawandel, Finanzmarktkrise, andauernd hohe Erwerbsarbeitslosigkeit und zunehmende soziale Spaltung ebenso wie steigende Armut oder viele weitere Bereiche.

Die Grafiken zeigen das anhaltende Missverhältnis zwischen der Anzahl an (unfreiwillig) Erwerbslosen und der Zahl an offenen Stellen



Selbst unter schwierigsten neoliberalen Randbedingungen gibt es Möglichkeiten, zunehmende soziale Spaltung zu reduzieren. Die Stadt Preston macht deutlich wie's geht, indem versucht wird, Wohlstand lokal aufzubauen. Auf dem Arbeitsmarkt konnten diese zwei Effekte erzielt werden: „Neben **höheren Löhnen** konnte Preston während der letzten Jahre auch **1.600 neue Arbeitsplätze schaffen.**“ (Julia Eder, in: **Für die Menschen, nicht für die Profite!**)

## Das Preston Model



Quelle: <https://jbi.or.at/fuer-die-menschen-nicht-fuer-die-profite>

## Netzwerk von Christen für eine gerechte Welt – was wir wollen:

Wir wollen, dass eine Politik realisiert wird, die den **sozialen Frieden** bewahrt.

Wir wollen, dass die Prinzipien der Katholischen Soziallehre und anderer christlicher Kirchen bei politischen Entscheidungen beachtet werden, insbesondere die Inhalte, die in der Bergpredigt formuliert sind.

Wir wollen, dass alle Menschen guten Willens zusammenarbeiten.

Wir wollen, dass die Politik bemüht ist, **gerechte Strukturen** zu schaffen.

Wir wollen, dass die Lebensgrundlagen für die zukünftigen Generationen bewahrt bleiben.

Wir wollen eine familienfreundliche Politik und Generationengerechtigkeit.

Wir wollen, dass die Meinungen von Kindern und Jugendlichen mehr gehört und bei politischen Entscheidungen mehr berücksichtigt werden.

Wir wollen, dass **soziale und ökologische Überlegungen im wirtschaftlichen Handeln** berücksichtigt werden.

Wir wollen, dass politische Meinungsverschiedenheiten im **Diskurs** gelöst werden.

Wir wollen, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird; dies könnte für die Entwicklungshilfe bzw. für eine **soziales Europa** verwendet werden. (Bildung, Krankenhäuser, öffentlicher Verkehr, ...).

Wir wollen, dass **mehr BürgerInnenbeteiligung** bei politischen Entscheidungen stattfindet.

Wir wollen Beteiligungsmodelle von MitarbeiterInnen an Unternehmen.

Wir wollen eine vorausschauende Politik, die zukünftige Entwicklungen rechtzeitig berücksichtigt (zB Industrie 4.0, Rationalisierungseffekte durch Digitalisierung in allen Wirtschaftsbereichen).

Wir wollen Kooperationen statt Konkurrenz im Wirtschaftsleben.

Wir wollen, dass mehr direkte Demokratie in verantwortungsvoller Form möglich ist. Dies soll **kein Ersatz für die repräsentative Demokratie** sein, **sondern eine Ergänzung**.

Wir wollen **faire Wirtschaftsbeziehung in Österreich**, der EU und weltweit (eine weltweite, ökosoziale Marktwirtschaft).

Wir wollen, dass die Politik Hilfe zur Selbsthilfe bietet (eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft – als Arbeitsbegriff einen „Global Marshall Plan“).

Wir wollen, dass Steueroasen verboten werden.

Wir wollen, dass ungerechte Strukturen überwunden werden. Diese sind oft die Ursache für Krieg, Krankheit und Leid.

Wir wollen, dass eine Politik vermehrt im Sinne von „bottom up“ – von unten nach oben – gemacht wird.

Wir wollen, dass die Waffenproduktion verringert bzw. ganz eingestellt wird und somit auch keine Waffen mehr erzeugt werden. Waffen sind eine große Mitursache für das Flüchtlingsdrama, neben Klimawandel, religiöser Verfolgung, sozialer Ungerechtigkeit, Landraub, etc.

Wir wollen, dass sich **gute Regierungsformen** etablieren (echte



Demokratie – „Good Governance“).

Wir wollen, dass Flugbenzin und Schiffstreibstoff besteuert werden

zwecks Verwendung für den

Klimaschutz, für weltweite

Baumpflanzungen, soil protection

(Förderung der Bodenfruchtbarkeit).

Wir wollen ein Europa der

Bürgerinnen und Bürger, das dem **Gemeinwohl** dient.

Wir wollen ein Europa der Zusammenarbeit.

Wir wollen ein Europa nach dem **Subsidiaritäts**prinzip, dh wir wollen bürgernahe Entscheidungen (Gemeinde, Bezirk, Bundesland).

Wir wollen ein EU-Parlament das Politik für die Bürgerinnen und Bürger macht.

Wir wollen transparente Verhältnisse bei Handelsbeziehungen. Daraus ergibt sich eine kritische Haltung gegenüber TTIP und CETA in den jeweils geplanten Formen.

Wir wollen, dass die wahren Kosten in der Produktion berücksichtigt werden (Umwelt, gerechte Löhne in weniger entwickelten Ländern).

Wir wollen eine **Politik der Kooperation** anstatt der Konkurrenz (Win-win-Situation).

Wir wollen, dass die Tradition der österreichischen Sozialpartnerschaft auch in der EU berücksichtigt wird. Europa könnte ein **politisches Modell der Kooperation** werden.

Wir wollen, dass die Idee des Grundeinkommens bedacht wird.

Wir wollen, dass die Politik, dh die demokratisch gewählten Volksvertreter, und nicht indirekt die Finanzindustrie die politischen Entscheidungen trifft.

Wir wollen, dass bei politischen Entscheidungen auch Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig miteingebunden werden – Beispiel: die [Konsultative](#).

---

**Anhang:** Dieser Diskussionsbeitrag enthält als pdf-Datei Verlinkungen, erhältlich im Web unter <http://was-wir-brauchen.bosolei.com>